

Tabubrüche 11.06.2015

WIEN/BERLIN (Eigener Bericht) - Begleitet von skeptischen Äußerungen aus der deutschen SPD ist im österreichischen Burgenland die erste Koalition der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) mit der Rechtsaußen-Partei FPÖ beschlossen worden. In Österreich schreitet die Diskussion über zukünftige "rot-blaue" Regierungsbündnisse voran; zustimmende Stellungnahmen kommen aus mehreren Bundesländern und aus dem Österreichischen Gewerkschaftsbund. Koalitionen mit Kräften der äußersten Rechten werden in Europa mit zunehmender Häufigkeit geschlossen, seit der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi 1994 eine faschistische Partei in seine Regierung aufnahm. Zur Zeit beteiligen sich Rechtsaußen-Parteien in Finnland und in Norwegen an der Regierung; in Lettland stellt ein Parteienbündnis, dem SS-Verehrer angehören, drei Minister. Den aufsehenerregendsten Durchbruch einer faschistischen Partei hat letztes Jahr die Ukraine erlebt - mit der Beteiligung der Partei Swoboda am Kiewer Umsturzregime. Dazu maßgeblich beigetragen haben deutsche Außenpolitiker, darunter Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD).

Solide Rückendeckung

Ausgelöst worden ist die neue Debatte um Regierungsbeteiligungen der Rechtsaußen-Partei FPÖ durch die Bildung der SPÖ-FPÖ-Koalition im Burgenland. Dort hatten SPÖ und ÖVP bei der Landtagswahl am 31. Mai starke Verluste erlitten, während die FPÖ von 9,0 auf 15,0 Prozent zulegen konnte. Ein noch weit größerer Erfolg war der Partei am selben Tag bei der Landtagswahl in der Steiermark gelungen, wo sie von 10,7 auf 26,8 Prozent in die Höhe schnellte und nur noch knapp hinter den bisherigen Regierungsparteien SPÖ (29,3 Prozent) und ÖVP (28,5 Prozent) liegt. Im Burgenland entschied der alte und neue Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) nun, mit der FPÖ zu koalieren - ein Schritt, der in seiner Partei als Tabu gegolten hatte, seit Jörg Haider im Jahr 1986 an die Spitze der "Freiheitlichen" gewählt worden war und einen harten Rechtsaußenkurs eingeschlagen hatte. Auf scharfe Kritik vom linken Flügel der SPÖ überweist Landeshauptmann Niessl darauf, dass sein Tabubruch solide Rückendeckung genießt. Als die SPÖ vor geraumer Zeit 30.000 Mitglieder befragt habe, hätten von den etwa 16.000, die geantwortet hätten, 88 Prozent für Verhandlungen mit der FPÖ plädiert, berichtet er. Zudem habe der Vorstand der burgenländischen SPÖ "einstimmig beschlossen, dass wir mit allen Parteien verhandeln".[1]

Atmosphärisch gut

Nach einer ersten Welle scharfer Kritik äußern nun immer mehr österreichische Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu einer Koalition mit der FPÖ. Entsprechende Erklärungen waren zunächst aus der Steiermark zu hören, wengleich dort nun eine SPÖ-ÖVP-Koalition gebildet werden soll. Der bisherige Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) hatte zwar strikt erklärt, persönlich nicht für ein Bündnis mit den "Freiheitlichen" zur Verfügung zu stehen. Doch hieß es zunächst, es sollten in der Partei "alle Optionen besprochen werden" - auch eine Koalition mit der FPÖ. Nach einem Treffen mit dem steirischen FPÖ-Chef Mario Kunasek hatte Voves geäußert, es sei ein "atmosphärisch gutes Gespräch" gewesen.[2] Zugleich sprachen sich diverse Bürgermeister aus der Steiermark für einen "rot-blauen" Versuch aus.[3] Ähnlich in Oberösterreich. Während der dortige SPÖ-Landesvorsitzende die Frage nach einer Koalition mit der FPÖ zurückwies, gaben sich die SPÖ-Bürgermeister gleich mehrerer oberösterreichischer Städte offen dafür, nicht zuletzt der Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz, Klaus Luger: "Wenn die FPÖ ihre Positionen in bestimmten Punkten klärt, dann sollte man den Bannfluch aufheben".[4] In der Steiermark waren zudem Äußerungen von Horst Schachner, dem Landesvorsitzenden des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, sorgfältig registriert worden. Schachner hatte über "Rot-Blau" erklärt: "Wir müssen über diese Option offen und ehrlich reden" - und sodann sorgfältig "abwägen, mit wem es für die SPÖ besser wäre, zusammenzuarbeiten: mit der ÖVP oder der FPÖ".[5]

"Der größte Staatsmann des Jahrhunderts"

Der burgenländische Tabubruch und die nun auf ihn folgende Debatte sind in Europa keineswegs einzigartig. Parteien der äußersten Rechten werden seit 1990 mit zunehmender Häufigkeit auch in nationale Regierungen einbezogen. Zum ersten Mal geschah dies 1994 in Italien, als unter Ministerpräsident Silvio Berlusconi der neofaschistische Movimento Sociale Italiano (MSI) in die Regierung eingebunden wurde. MSI-Führer Gianfranco Fini hatte wenige Wochen vor der Bildung der Regierung noch Benito Mussolini den "größten Staatsmann des Jahrhunderts" genannt. Anfang Februar 2000 schloss dann in Österreich der ÖVP-Vorsitzende Wolfgang Schüssel auf nationaler Ebene ein Regierungsbündnis mit der FPÖ. Von 2001 bis 2011 ließen sich Minderheitsregierungen in Dänemark von der ultrarechten Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei) unterstützen, der es gelungen war, den im Lande stark zunehmenden antimuslimischen Rassismus in Wahlerfolge umzumünzen. Vor den Wahlen in Dänemark, die für den 18. Juni anberaumt sind, liegt die Folkeparti in Umfragen bei annähernd 20 Prozent. In den Niederlanden ließ sich die Regierung von Ministerpräsident Mark Rutte von 2010 bis 2012 von der Partij voor de Vrijheid des Rechtspopulisten Geert Wilders dulden, der ebenfalls vom antimuslimischen Rassismus der Ära des "Anti-Terror-Krieges" profitierte.

SS-Freunde

Aktuell sind gleich in mehreren EU-Staaten Rechtsaußen-Parteien an nationalen Regierungen beteiligt. Die norwegische Fremskrittspartiet (Fortschrittspartei) etwa bildet schon seit 2013 eine Koalition mit den norwegischen Konservativen. Sie ist wie die Dansk Folkeparti und Wilders' Partij voor de Vrijheid für antimuslimische Positionen bekannt; in den Jahren von 1999 bis 2006 gehörte ihr der spätere Rechtsterrorist Anders Behring Breivik an. In Finnland ist seit dem 29. Mai die als rechtspopulistisch eingestufte Partei "Die Finnen" an der Regierung beteiligt. "Die Finnen", deren Vorsitzender Timo Soini das Amt des Außenministers innehat, vertreten eine teils rassistische Politik; Anfang März machten Berichte über eine Veranstaltung der Parteijugend die Runde, auf der das "Horst-Wessel-Lied" gesungen wurde.[6] In Lettland zählt die ultrarechte "Nationale Allianz", ein Bündnis, dem die extrem rechte Partei "Visu Latvijai!" ("Alles für Lettland!") angehört, schon seit 2011 zur Regierung. Aktivisten von "Visu Latvijai!" beteiligen sich unter anderem an dem jährlichen Aufmarsch von SS-Veteranen und deren Anhängern in der lettischen Hauptstadt Riga; sie haben sich dafür ausgesprochen, Angehörige der russischsprachigen Minderheit deportieren zu lassen, und machen, wie berichtet wird, "bei gewaltsamen Protesten gegen Schwule und Lesben von sich reden". Eine deutsche Tageszeitung überschrieb einen Artikel über Lettland im Oktober 2011: "SS-Freunde regieren mit".[7] Die "Nationale Allianz" stellt derzeit die Minister für Justiz, Umwelt und Kultur.

Präzedenzfall

Sind die tragenden Kräfte der Regierungen mit Rechtsaußen-Beteiligung bislang stets konservative oder rechtsliberale Parteien gewesen, so haben auch Sozialdemokraten die Eingliederung einer faschistischen Partei in eine Regierung forciert - deutsche SPD-Außenpolitiker in der Ukraine. Die Berliner Unterstützung für die Majdan-Proteste bezog stets deren faschistisches Spektrum ein, der in der Partei Swoboda seinen parlamentarischen Arm hatte.[8] Einen vorläufigen Höhepunkt fand dies in den Verhandlungen, die Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) mit seinen Amtskollegen aus Frankreich und Polen sowie den damaligen ukrainischen Oppositionspolitikern Witali Klitschko, Arsenij Jazenjuk und Oleh Tjahnybok am 20. und 21. Februar in der deutschen Botschaft in Kiew führte. Tjahnybok ist Vorsitzender von Swoboda, einer Partei von Anhängern des ukrainischen Faschisten und NS-Kollaborateurs Stepan Bandera.[9] Die bewusste Integration einer faschistischen Partei in den Sturz einer gewählten Regierung und ihre folgende Einbindung in das Kiewer Umsturzregime sind in Europa ein Präzedenzfall gewesen, dessen Folgen über die Eskalation des Nationalismus in der Ukraine [10] hinausreichen: Sie haben der Welt vor Augen geführt, dass die Kooperation mit Faschisten in Europa kein Tabu mehr ist.

Kein Geheimnis

Entsprechend eigentümlich klingen Äußerungen aus der SPD zur Koalition der burgenländischen SPÖ mit der FPÖ, die für Österreich nachvollzieht, was in der EU längst gängige Praxis ist - einen Regierungspakt mit Kräften der äußersten Rechten zu schließen. "Es ist schlicht und einfach ein fataler Irrweg, dass die Sozialdemokraten im österreichischen Burgenland mit der FPÖ ein Bündnis eingehen wollen", äußerte SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi vergangenes Wochenende. SPD-Vizechef Ralf Stegner schloss sich an: "Alle wissen, dass wir gegen Koalitionen mit Rechtspopulisten sind - das ist nun wirklich kein Geheimnis." [11] Die keineswegs geheime Rolle, die auch deutsche

Sozialdemokraten im vergangenen Jahr bei der Einbindung von Faschisten in das Kiewer Umsturzregime spielten, ist in SPD und SPÖ gleichermaßen bekannt.

[1] Hellin Sapinski: Burgenland: SPÖ und FPÖ verkünden Koalition. diepresse.com 05.06.2015.

[2] Steiermark: Voves will nicht mit FPÖ. diepresse.at 09.06.2015.

[3] Rot-Blau im Bezirk Leoben salonfähig. www.kleinezeitung.at 10.06.2015.

[4] Markus Staudinger, Annette Gantner: SP-Bürgermeister: "Option Rot-Blau auch auf Bundesebene öffnen". www.nachrichten.at 09.06.2015.

[5] Walter Müller: Steiermark: Rot-blaue Koalitionsgespräche nicht mehr auszuschließen. derstandard.at 09.06.2015.

[6] Reinhard Wolff: "Wahre Finnen" im Aufwind. www.taz.de 17.04.2015.

[7] Reinhard Wolff: SS-Freunde regieren mit. www.taz.de 11.10.2011.

[8] S. dazu [Eine Revolution sozialer Nationalisten](#) , [Termin beim Botschafter](#) und [Nützliche Faschisten](#) .

[9] S. dazu [Vom Stigma befreit](#) .

[10] S. dazu [Nationalistische Aufwallungen](#) und [Faschisten als Vorbild](#) .

[11] SPD entsetzt über österreichische Schwesterpartei. www.welt.de 07.06.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com